

Laale-Zeitung

Dreihundertfünfzigster Jahrgang.

Nr. 7a.

Halle, Montag, den 6. Januar.

1919.

Eine neue Gewalttat der Spartakisten.

Wolffs Telegraphisches Bureau von Spartakus befehlt.

Den getreuen telegraphischen Nachrichten, soweit wir auf die Meldungen von Wolffs Telegraphenbureau angewiesen sind, haben wir unterbreiten müssen, weil gestern, Sonntag, eben Wolffs Telegraphisches Bureau von den Spartakisten besetzt worden ist.

Graf Hertling gestorben.

WTB. Mupolding (Oberbayern), 5. Januar. (Drahtnachricht.) Graf Hertling, der ehemalige bayerische Ministerpräsident und nachmalige Reichskanzler, ist gestern abend 9 Uhr 45 Min. nach längeren Krankenlager verstorben.

Georg Herr v. Hertling, dessen Bedeutung als Gelehrter und Staatsmann wir noch würdigen werden, wurde am 31. August 1843 in Darmstadt geboren. Er studierte in München, Würzburg und Berlin Philosophie, bereifte 1865-66 Italien und wurde 1867 in Bonn Privatdozent. 1870 begründete er die Zeitschrift 'Die Gegenwart', 1880 wurde er zum ordentlichen Professor. Er trat 1875 ins politische Leben ein, ward in den Reichstag gewählt und schied fast zum Zentrum an, zu dessen Führern er bald zählte.

Immer wieder Besprechungen mit den Polen.

WTB. Bromberg, 5. Januar. (Drahtnachricht.) Nach dem Ministerium für Angelegenheiten der Provinzen in Potsdam infanterische Besprechungen über die Lage in Polen abgehalten, haben auch die Beziehungen im Regierungsbezirk Westpreußen eine Besprechung mit den polnischen Vertretern gegeben, zu der der Minister des Innern und der Kriegsminister je einen Kommissar entsandt hatten. In der Besprechung, die am 4. Januar in Bromberg stattfand, waren auch ein Anzahl polnischer Vertreter aus Polen anwesend, die die Lage in Westpreußen darstellten.

Die Polen stürmen einen Flugplatz.

WTB. Posen, 5. Januar. (Drahtnachricht.) Heute früh haben die Polen die Flugstation von Lubicz bei Posen von polnischen Soldaten gesichert. Die Angreifer waren ungefähr 3000 Mann stark und führten 12 Feldgeschütze und 40 Maschinengewehre mit sich. Es entspann sich ein heftiger Feuerkampf. Die Kasernen erlitten mehrere Volltreffer. Die Besatzung, gegen 100 Mann stark, wurde gezwungen, genommen und soll morgen nach Posen abtransportiert werden. Die Flugzeuge und das übrige Material blieben in die Hand der Polen. Es sind auf beiden Seiten Tote und Verwundete.

Der Eisenbahnverkehr von Oberschlesien nach Posen gesperrt.

WTB. Posen, 5. Januar. (Drahtnachricht.) Der Staatsrat gibt bekannt, daß der Eisenbahnverkehr von Oberschlesien nach dem Eisenbahndistrikt Posen amtlich gesperrt ist, daß damit die Regierungen abgeschnitten und Gas bis auf weiteres nur

Staatsgrundgesetz der Republik Bayern.

München, 4. Jan. Amtlich. Die Korrespondenz Hoffmann vertritt ein „Staatsgrundgesetz der Republik Bayern“, dem wir folgendes entnehmen: Bayern ist eine Republik. Bayern ist Mitglied der Vereinigten Staaten Deutschlands (Deutsches Reich). Die Hoheitsgewalt des bayerischen Staates liegt beim Volk. Das Volk äußert seinen Willen durch Abstimmungen und Wahlen der Staatsbürger und die durch die Verfassung eingesetzten Organe. Staatsbürger ist ohne Unterschied der Geburt, des Geschlechtes, des Glaubens und des Berufes jeder Angehörige des bayerischen Staates, der das 20. Lebensjahr vollendet hat. Durch Wahlen der Staatsbürger wird der Landtag gebildet, der aus einer Kammer besteht. Die Wahl ist allgemein, gleich, unmittelbar, geheim, nach dem Verhältnis der Stimmen. Wahlberechtigt sind alle bayerischen Staatsbürger. Wähler für alle Staatsbürger über 25 Jahre. Die oberste rechtliche Gewalt wird vom Gesamtministerium ausgeübt. Der Staat sichert die Unverletzlichkeit der Person, Freiheit des Glaubens und der Meinung in Rede und Schrift, Freiheit der Lehre, Wissenschaft und Kunst. Das Eigentum ist unverletzt. Die Entschaffung von Vermögen kann nur zum Zwecke des Gemeinwohls auf Grund von Gesetzen erfolgen. Die Glaubensgesellschaften sind unabhängig vom Staate und unterliegen der staatlichen Aufsicht. Alle Glaubensgesellschaften sind gleichberechtigt und frei in ihrer Betätigung. Das Unterliegen ist eine staatliche Angelegenheit. Die Erteilung des Religionsunterrichtes obliegt den Glaubensgesellschaften. Staatliche Lehrpersonen können zur Erteilung des Religionsunterrichtes nicht gezwungen werden; die Erziehungsberechtigten können von Staats wegen nicht gezwungen werden, die ihnen anvertraute Jugend zur Teilnahme am Religionsunterricht oder an religiösen Übungen anzuhalten. Bis zur endgültigen Erledigung des Verhältnissesunterwerbs, der dem Landtag feierlich nach seinem Zusammentritt vorzulegen werden muß, tritt die revolutionäre Regierung die gesetzgebende und ausführende Gewalt aus.

Madenfiskus Ueberführung nach Saloniki.

WTB. Wien, 5. Januar. (Korr.-Bureau.) (Drahtnachricht.) Die Madder werden aus Budapest: Gestern Nachmittag erschien ein höherer österreichischer Offizier im Hofe Kaiser als Generalinspektionschef, Madenfiskus und teilte ihm mit, daß das Oberkommando der Entente beschließen habe, ihn nach Saloniki zu überführen. Madenfiskus nahm die Nachricht mit großer Befürzung auf und erklärte, der Gewalt weichen zu müssen. Madenfiskus wurde unter Bedeckung von französischen Kolonialsoldaten in einem Auto nach Gödöllő gebracht, wo der Sonderzug bereit stand. 50 Kolonialsoldaten begleiteten mit Madenfiskus den Zug, der um 12 Uhr nachts nach Saloniki abging.

Amerikanische Hilfe für Europa.

WTB. Washington, 5. Januar. (Drahtnachricht.) Million erjudigte den Kongress am Bewilligung von 100 Millionen Dollar zur Behebung der großen Not in Europa. Diese Summe soll hauptsächlich dazu dienen, Lebensmittelungen nach den Gebieten des westlichen Russlands, nach Polen und Ostpreußen zu ermöglichen.

Der Bolschewismus in Ungarn.

WTB. Wien, 5. Januar. (Drahtnachricht.) Das Fremdenblatt meldet aus Budapest: Bei bolschewistischen Unruhen in Salgótarján sind 18 Tote und 44 Verwundete zu beklagen. Die Rube ist bergehellt.

Irische Hoffnungen.

Aus E. d. a. m., 4. Jan. (Eigene Drahtnachricht.) Der Times-Korrespondent in Dublin meldet seinem Blatt, daß die Situation in Irland sich außerordentlich verschärft. Die Sinnfänger haben endlich beschlossen, ihre Siege im Unterhause nicht einzunehmen. Sie beschließen, ihren Appell an Wilson zu wiederholen. Zu ihren Gunsten wird die Meinung vertreten, daß ihr überwiegendes Sieg bei den Wahlen zum Unterhause unbedingte Anerkennung der irischen Forderungen auf dem freiconstitutionellen Führen muß. Unter diesen Umständen rechnet der Verfassungskomitee der Times, der zu den besten Kennern der irischen Frage gehört, mit Sicherheit darauf, daß das Jahr 1919 das kritischste und bedeutungsvollste im Hinblick auf die Beziehungen zwischen Großbritannien und Irland sein wird.

Zurückziehung japanischer Truppen aus Sibirien.

London, 4. Jan. Daily Express' meldet unter dem 27. Dezember aus Tokio: Das Kriegeministerium gibt die Zurückziehung von 34 000 Japaner japanischer Truppen aus Sibirien bekannt und erklärt, daß Japan beschlossene, keine in Sibirien befindenden Truppen auf das geringstmögliche Maß zu beschränken.

Der Reichsbürgertag in Berlin.

Der Reichsbürgertag begann Sonntag abend seine Tagung mit einem Begrüßungsabend, nachdem im Laufe des Nachmittags sich eine Reihe von Vertretern zu vertraulichen Besprechungen zusammengefunden hatte. Der Begrüßungsabend fand in der Aula der Universität statt, die auf des wachstümlich geschmückt war. Um den fünfzehnten Teil machten sich die Herren Clemens und Kerner vom Schanielbauwerk gestellt, sowie die Kapelle des 2. Gardebrigades. Die Begrüßungsrede hielt Herr Dr. Bielefeld. Wir werden, so führte er aus, auf dem Boden der Tatsachen, aber wir sind fest entschlossen, dem Schicksal fähig ins Auge zu sehen. Die Freiheit ist gewiß ein großes Gut, aber deswegen wollen wir sie nicht gegen die Interessen und Bindungen des Staatsvertrages, (Vorbau der Reichs-) Redner schloß mit einem Hoch auf das Vaterland. Der zweite Redner war Friedrich Rossmann, der darauf hinwies, daß aus diesen Sätzen der Universität nicht immer nur ein deutsches Nationalericht habe zu einer Zeit, in der es mit Deutschland ebenmäßig traurig bestellt war wie in der Gegenwart. Auch über die Schwierigkeiten der jetzigen Zeit wird Deutschland hinwegkommen. Die Karte ist Arbeit und nicht verzweifeln! Um arbeiten zu können, brauchen wir eine Regierung, die Ordnung schafft, aber der gegenwärtigen Regierung müsse man den Vorwurf machen, daß sie dulde, daß Kadabra ungestraft auf den deutschen Weibern herumtampeln. Man sollte auch diese Zeiten für machen, daß ein gelungenes Deutschland immer noch ein deutsches ist. (Stürmischer Beifall.) Weitere Ansprachen hielten Herr v. Hesseberg, München, Herr v. Frankfurt a. M., Dr. Koch-Berlin, und der Bericht des Abends zeigte, daß der deutsche Bürgertag nach nicht gestorben ist.

Die Verhandlungen des Sonntags.

Den ersten Vortrag hielt Johann Dr. Köhler-Berlin über die Schaffung der Bürgergerichte als ein Protest dagegen, daß eine einzelne Klasse die Herrschaft an sich gerissen habe, aber man wolle nicht die Exekutive nicht mit Gewalt nehmen lassen. Nicht unwesentlich sei es, gemeinlich mit dem H. u. S. Räten zu arbeiten. Der Kampf mit den H. u. S. Räten werde schließlich durch geführt werden müssen. Notwendig sei eine Klasse Zentralgewalt. Es sei zu befürchten, daß die Wahlrechtigkeit von links her eingeschaltet werden könnte. Dagegen müßten die bürgerlichen Ausschüsse eintreten. Der ordnende Reichstag müßte man eine Stütze sein, aber diese müßte auch den H. u. S. Räten in Anrechnung zu verfahren. Folgendes ist Inhalt des Bürgergerichte. Es sind keine Unterchied zwischen der Mehrheitsentscheidungs- und den Sparten. Folgendes ist es, wie konfrontiert auf die Nationalversammlung zu leben. Die bürgerlichen Ausschüsse würden auch nach der Einberufung der Nationalversammlung große Aufgaben zu erfüllen haben. Das geht besonders für die H. u. S. Räten zu. Die Parteien würden die kommunalen Fragen nicht lösen können. Die Aufgaben der Bürgergerichte und Ausschüsse werden dauernd sein und sie würden fortgesetzt wachsen. Sie würden immer die Männer zur Einigkeit leiten müssen. Hätte das Bürgergerichte in den künftlichen Novembertagen auch gestreift, dann wäre der Staat zugrunde gegangen. Durch Einigkeit und Energie werde man auch schließlich die Rechte und Pflichten gleichmäßig verteilen können. Das Korreferat hielt Dr. Meier-Hesseberg-München. Er schilderte die Entstehung der bürgerlichen Räte in Süddeutschland. Von einer Reihe der russischen Revolutionen konnte er, wie der Redner es getan habe, nicht sprechen. Der Grundlag für die Entstehung sei die Unzufriedenheit mit der inneren und äußeren Politik gewesen. Die Revolution wäre nicht möglich gewesen ohne das weiträumigere Bewußtsein: das alle hat sich überlebt. Man dürfe nicht glauben, daß man mit den sozialistischen Produktionsmitteln jemals wieder in die Weltwirtschaft werde eintreten können. (Sehr richtig!) Auch um die Politikern unteren Wirtschaftsklassen müßten sich die Bürgergerichte kümmern. In diesem Zusammenhang müßte man auch bemerken, daß die Regierung zu erziehen, daß die H. u. S. Räten die Einberufung der Nationalversammlung auf gelöst werden. Ein Antrag Tempelhof verlangt die Gleichberechtigung der Bürgergerichte mit den H. u. S. Räten. In der Hauptrede nennt Herr v. Frankfurt a. M. vor einem Zusammenhänge aller Bürgergerichte zum Zwecke der Sozialdemokratie. Das würde nur dazu führen, daß der Klassenkampf nur ein freude der Sozialisten vergrößert würde. Das nächste Thema, die Wahlen zur Nationalversammlung, wird mit dem ersten Punkte verbunden. Herr Tempelhof verlangt gleichberechtigte Anerkennung der Bürgergerichte zum Zwecke der Sozialdemokratie. Das würde nur dazu führen, daß der Klassenkampf nur ein freude der Sozialisten vergrößert würde. Das nächste Thema, die Wahlen zur Nationalversammlung, wird mit dem ersten Punkte verbunden. Herr Tempelhof verlangt gleichberechtigte Anerkennung der Bürgergerichte zum Zwecke der Sozialdemokratie. Das würde nur dazu führen, daß der Klassenkampf nur ein freude der Sozialisten vergrößert würde.

